

Warum Habecks Energiewendepläne scheitern

Seifenblase

NAEB-Mitglied werden und NAEB-Rundbrief per E-Mail empfangen [2]

NAEB 2212 am 5. Juni 2022

Habecks Osterpaket vor dem Aus

Bundeswirtschaftsminister Habeck will stillgelegte Kohlekraftwerke wieder aktivieren, um drohende Stromausfälle zu verhindern. Gleichzeitig plädierte er in einer leidenschaftlichen Bundestagsrede für sein Osterpaket mit mehr Windstromanlagen und Solarstromanlagen. Ihre Zahl soll verdreifacht werden und die Stromversorgung in der BRD weitgehend übernehmen. Umweltschutz und Artenschutz sowie Abstandsregeln zu Wohnhäusern müssten dafür aufgeweicht werden. Doch diese Ausbaupläne werden an der Finanzierung, am Energiemangel und am Rohstoffmangel scheitern.

Steigende Kosten vertreiben Anleger

Die Weltmarktpreise für Rohstoffe und Energie sind kräftig gestiegen. Ein Ende des Preisanstiegs ist offen. Hinzu kommen inflationsbedingt immer höhere Lohnkosten. Eine sichere Kalkulation von Baukosten geplanter Windanlagen und Solaranlagen ist unmöglich geworden, denn es werden keine Festpreise mehr garantiert.

Höhere Baukosten verringern die Rendite der Anleger bis hin zu Verlusten trotz hoher EEG-Vergütungen und Einspeiseprivilegien. Der teure Windstrom und Solarstrom muss nach dem Erneuerbaren Energien Gesetz (EEG) vorrangig in das Netz eingespeist werden. Hinzu kommt mit dem Bau weiterer Windturbinen, dass immer mehr von ihnen im Windschatten anderer Anlagen stehen, die dann weniger Strom erzeugen. Auch dadurch drohen neuen Anlagen Verluste.

Offensichtlich ist diese Situation Habeck und seinem verantwortlichen Staatssekretär Dr. Patrick Graichen bewusst. Zur Finanzierung werden daher Bürgerbeteiligungen an Windparks gefordert mit dem lockenden Argument, die Bürger sollten an der "Wertschöpfung" teilhaben. Den Bürgern und Stromkunden wird aber verschwiegen, dass sie die angeblichen Gewinne der Windstromerzeugung mit höheren Strompreisen selbst bezahlen. Planer, Erzeuger und Betreiber der Windkraftanlagen profitieren an erster Stelle. Wird aber ein Windpark insolvent, verlieren die Kleinanleger ihre Einlage.

Darüber hinaus sollen sich Gemeinden an Windparks auf ihrem Gebiet beteiligen. Das ist eine verkappte Finanzierung mit Gemeindesteuern. Auch hier werden gute Renditen in Aussicht gestellt, die über steigende Strompreise finanziert werden. Auch diese Anlagen münden mit hoher Wahrscheinlichkeit in Verluste. Der Steuerzahler wird so doppelt belastet. Steuern und Stromkosten steigen.

Energiemangel stoppt Energiewende

Durch den Ukrainekrieg und den Verzicht auf Kohle, Erdöl und Erdgas aus Russland entsteht akuter Energiemangel. Zum Bau der geplanten Windanlagen und Solaranlagen wird aber viel Energie gebraucht. Zur Wertschöpfung von einem Euro werden 2 Kilowattstunden (kWh) Primärenergie benötigt. Eine Windturbine mit 3 Megawatt (MW) installierter Leistung kostet etwa 3 Millionen Euro. Für die Fertigung und Installation müssen danach 6 Millionen Kilowattstunden Primärenergie eingesetzt werden, vorwiegend aus unterirdischen Brennstoffen. Das sind 650 Tonnen Kohle, 600 Tonnen Öl oder 600.000 m³ Erdgas.

Mit diesen Brennstoffen können mehr als 300 Wohnungen ein Jahr lang beheizt oder 2.000 Wohnungen mit Strom versorgt werden. Die Bundesregierung muss entscheiden, ob sie den Ausbau von Wind- und Solaranlagen fördern will, obwohl sie damit Energie verknappt und Kosten in die Höhe treibt. Das politische Ziel, die CO₂-Emissionen zu reduzieren, bleibt ebenfalls unerreicht. Die Herstellung der notwendigen Metalle, die Zementproduktion für die Fundamente und die Kunststoffflügel erfordern unterirdische Brennstoffe mit entsprechenden CO₂-Emissionen. Erst nach ein bis zwei Betriebsjahren haben die Anlagen mehr Energie umgewandelt, als für ihren Bau aufgewandt wurde.

Rohstoffmangel

Eine Studie der belgischen Katholieke Universiteit Leuven stellt für Europa fest: "Die Energiewende wird auch einen weitaus größeren jährlichen Bedarf an Aluminium (30% des heutigen Verbrauchs in Europa), Kupfer (35%), Silizium (45%), Nickel (100%) und Kobalt (330%) erfordern, die alle für Europas Pläne zur Herstellung von Elektrofahrzeugen und Batterien, erneuerbaren Wind-, Solar- und Wasserstofftechnologien sowie der für die Klimaneutralität erforderlichen Netzinfrastruktur unerlässlich sind." Das heißt, die Energiewende wird zu stark steigenden Metallpreisen führen und am Mangel benötigter Metalle scheitern.

Nach eigenen Recherchen werden beispielsweise für zwei 900 Megawatt Offshore-Gleichstromleitungen von der Nordsee nach Lingen 35.000 Tonnen Kupfer benötigt (nach Angaben des Netzbetreibers Amprion) mit einem Metallwert von 310 Millionen Euro. Das sind circa 5 % der Jahresproduktion der BRD für eine 500 km lange Leitung. Prof. Lüdecke berichtet: "Insgesamt erfordern die Ausbauziele Material in der Größenordnung von 1,8 Millionen Tonnen Kupfer, 95 Millionen Tonnen Zement und 30 Millionen Tonnen Stahl." Es ist fraglich, ob dafür genug Kupfer auf dem Weltmarkt verfügbar ist. Das gilt auch für Aluminium. Zur Erzeugung von einem Kilogramm müssen 16 kWh Strom und knapp 1 kg Graphit eingesetzt werden. Wegen der hohen Strompreise reduzieren die Hersteller ihre Produktion. Der Ausbau der Windanlagen und Solaranlagen ist aber nur mit mehr Aluminium möglich. Weiter gilt: Für die Produktion der benötigten Metalle werden große Mengen unterirdischer Brennstoffe benötigt, die die CO₂-Emissionen erhöhen. Nach überschlägigen Rechnungen wird die geplante Energiewende am Materialmangel scheitern. Daran werden auch Gesetze zum schnelleren Ausbau der Windstromerzeugung und Solarstromerzeugung nichts ändern.

Gesundheitsprobleme

Es gibt immer mehr seriöse Berichte über Gesundheitsprobleme von Menschen in der Nachbarschaft von Windkraftanlagen, die auf Infraschall zurückzuführen sind. Infraschall sind Druckunterschiede mit Abständen von mehr als 30 Meter, die sich mit der Schallgeschwindigkeit von 330 Meter pro Sekunde ausbreiten. In der Nähe von Windgeneratoren entstehen wechselnde Druckunterschiede mit Frequenzen von weniger als 10 Hertz (Schwingungen pro Sekunde). In diesem Frequenzbereich liegt nach Angaben von Medizinern auch die Eigenschwingung innerer Organe. Die Druckwechselbelastung kann einzelne Organe aufschaukeln. Das führt zu ähnlichen Symptomen wie die Seekrankheit: Übelkeit, Kopfschmerzen, Schlaflosigkeit. Werden diese Erkenntnisse durch weitere Untersuchungen erhärtet, müssten die meisten Anlagen abgeschaltet werden, weil sich die niederfrequenten Druckwellen kilometerweit fortpflanzen.

Windkraft verändert lokales Wetter

Die Leistungen der Windgeneratoren nehmen mit dem Bau weiterer Anlagen kontinuierlich ab. Das bestätigt eine Studie der Deutschen WindGuard im Auftrag des Bundesverbands WindEnergie e.V., veröffentlicht am 5. Oktober 2020: VOLLLASTSTUNDEN VON WINDENERGIEANLAGEN AN LAND - ENTWICKLUNG, EINFLÜSSE, AUSWIRKUNGEN [3]. Danach hat sich die mittlere spezifische Nennleistung der Windenergieanlagen (MSN) in der BRD

von 2012 bis 2019 beständig verschlechtert, obwohl Windenergie seit zwanzig Jahren immer effektiver abgeschöpft wird. Im windreichen Schleswig-Holstein fielen die Leistungen bis zu 30 Prozent für Windkraftanlagen im Bereich der Wirbelschleppen der immer zahlreicheren Offshore-Anlagen. Dieser Effekt ist auch für den Laien ohne profunde Physikkenntnisse verständlich. Eine Fortführung der Energiewende verringert den erhofften Ertrag mit jeder neuen Windanlage.

Schwieriger ist zu verstehen, warum Windgeneratoren trockeneres und wärmeres Wetter verursachen. Dr. Klaus Peter Krause hat die vorliegenden Erkenntnisse zusammengefasst: "Der Physiker Dieter Böhme sagt, im Lee der Windgeneratoren sei die Windgeschwindigkeit geringer. Dies führt zu einem Unterdruck, der von seitlichen und höheren Luftmassen ausgeglichen wird. Die Fallwinde haben einen Föhneneffekt. Sie erwärmen sich unter Verringerung der relativen Luftfeuchte. Weiter durchmischen die Wirbelschleppen hinter den Windturbinen die Luft. Sie verhindern nächtlichen Tau in Bodennähe und die Bildung von Thermikblasen. Damit bleibt die Bodenkühlung durch die Verdampfung des Taus aus. Die wärmere und trockenere Luft und geringere Thermik bringen weniger Regen." Sowohl Dieter Böhme wie auch die Volksrepublik China, die weltweit die meisten Windanlagen betreibt, bestätigen Erwärmung und Trockenheit hinter den Windturbinen.

Ein Forschungsprojekt von Prof. Dr. Helmut Keutner (Beuth Hochschule für Technik Berlin) zusammen mit meteorologischen Instituten kommt zu dem Ergebnis, dass durch den Entzug großer Windenergiemengen der Jetstream, der direkt mit dem Wettergeschehen korreliert, geschwächt und verändert wird. Die regenreiche Westströmung in Europa mit großen Niederschlägen ist seltener geworden. Trockenheit und Erwärmung sind die Folge. Statt die Erde vor einer kritischen Erwärmung zu schützen, tragen nach diesen Ergebnissen Windgeneratoren zu einer unerwünschten Erwärmung bei.

Immobilienverluste in der Nachbarschaft von Windrädern ohne Entschädigung

Nach Angaben von Maklern verlieren Wohnimmobilien im Mittel 30 Prozent ihres Wertes, wenn Windkraftanlagen in der Nähe gebaut werden. Eine Entschädigung wird den Eigentümern für diesen Verlust in der BRD bisher versagt. In Frankreich hat inzwischen ein Hausbesitzer eine Entschädigung gerichtlich erstritten. Es ist davon auszugehen, dass in Zukunft auch andere europäische Länder diesem Urteil folgen. Dann kommen auf die Windkraftbetreiber hohe Kosten zu, die bei den Investitionen ausgeklammert waren. Totalverluste des eingesetzten Kapitals dürften die Folge sein.

Gesetze gegen die Physik müssen scheitern

Ein Leben ohne unterirdische Brennstoffe zur Reduktion der CO₂-Emissionen soll das Weltklima retten. Doch die Bewertungen kommen zu gegenteiligen Ergebnissen. Windgeneratoren verstärken eine Erwärmung und vermindern Niederschlag. Gesetze zur Fortführung der Energiewende sind teilweise gegen die Physik gerichtet und müssen scheitern. Es wird höchste Zeit, dass die Politik wieder zu einer realen Energieversorgung zurückfindet mit dem Ziel, sicher und bezahlbar zu sein. Ideologische Besserwisserie ist fehl am Platz. Der wissenschaftliche Dienst des Bundestages erweist sich als der bessere Berater.

Prof. Dr.-Ing. Hans-Günter Appel
Pressesprecher NAEB e.V. Stromverbraucherschutz
www.NAEB.de und www.NAEB.tv

[1] Bildquelle: Bildschirmskopie Hartmut Idzko bei 4:40

[2] <https://www.naeb.info/Beitritt.htm>

[3] <https://www.lee-nrw.de/data/documents/2020/11/23/532-5fbb61e5e6bb2.pdf>

BUNDESTAG: "Hören Sie zu, jetzt wird es interessant!" Plötzlich wendet sich Habeck an Zwischenrufer

18. Mai 2022 | WELT Nachrichtensender

BUNDESTAG: "Hören Sie zu, jetzt wird es interessant!" Plötzlich wendet sich Habeck an Zwischenrufer

Die BRD ist nach den Worten von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck auf die von Russland angekündigten Sanktionen im Energiesektor eingestellt. «Wir haben uns auf die Situation vorbereitet», sagte der Grünen-Politiker am Donnerstag im Bundestag. Zuvor hatte Russland Sanktionen gegen die Firma Gazprom Germania und andere ehemalige Tochterunternehmen des russischen Gaskonzerns verhängt.

Die Sanktionen haben laut Habeck bereits Auswirkungen. In der BRD bekämen einige der Gazprom-Tochterunternehmen «jetzt kein Gas mehr aus Russland», sagte er. Der Markt könne den Ausfall kompensieren. Die Entwicklungen zeigten aber, dass Energie als Waffe genutzt werden könne. Die Voraussetzung dafür, dass die BRD in Zukunft sicher sei, sei der Ausbau der erneuerbaren Energien.

Die russische Regierung hatte am Mittwoch eine Verfügung veröffentlicht, nach der mit insgesamt 31 aufgelisteten Firmen von russischer Seite keine Geschäfte mehr gemacht werden dürfen. Demnach treten die Handelsverbote im Auftrag von Kremlchef Wladimir Putin ab sofort in Kraft. Gazprom Germania war Anfang April unter staatliche deutsche Kontrolle gestellt worden.

Bereits am späten Mittwochabend hieß es vom Bundeswirtschaftsministerium, die Bundesregierung und die Bundesnetzagentur als Treuhänderin von Gazprom Germania seien dabei, sich auf verschiedene Szenarien vorzubereiten.

Der Transit von russischem Gas durch die Ukraine nach Europa ist zurückgegangen - allerdings ist unklar, ob es einen Zusammenhang mit den Sanktionen gibt. Das Auftragsvolumen für die Durchleitung russischen Gases lag nach Angaben des ukrainischen Netzbetreibers OGTSU am Donnerstag bei nur noch 53,2 Millionen Kubikmeter.

Laut dem aktuellen Transitvertrag können täglich maximal 110 Millionen Kubikmeter russisches Gas durch die Ukraine nach Europa gepumpt werden. Am Dienstag lag das Auftragsvolumen nach russischen Angaben noch bei 95,8 Millionen Kubikmetern. Am Mittwoch war die Gasmenge auf 72 Millionen Kubikmeter gefallen, weil die Ukraine kriegsbedingt einen Strang durch die schwer umkämpfte Region Luhansk geschlossen hatte. Nun ist sie noch einmal um mehr als ein Viertel gefallen. Ein Gazprom-Sprecher erklärte am Donnerstag, ein Antrag, weitere Mengen über die im Grenzgebiet zu Luhansk liegende Gasmessstation Sochraniwka einzuspeisen, sei von der Ukraine abgelehnt worden.

Schwankungen beim Gas-Transit sind üblich. In den vergangenen Wochen wurden mehrfach vergleichbare Mengen durch das ukrainische Pipelinesystem geleitet. Zuletzt war die Transitmenge am 24. April mit 53 Millionen Kubikmetern ähnlich niedrig.

Gazprom Germania ist Eigentümerin weiterer wichtiger Unternehmen der deutschen Gaswirtschaft. Nach Angaben der russischen Agentur Interfax ist das Anlegen von Vorräten mit russischem Gas in den Speichern Europas künftig verboten. Unklar war zunächst, wie ein solches Verbot durchzusetzen wäre.

In der BRD gibt es 47 Untertagespeicher an 33 Standorten, die von rund 25 Firmen betrieben werden. Auf den Energiekonzern Uniper entfällt rund ein

Viertel der deutschen Speicherkapazität. Der größte Einzelspeicher wird allerdings von der Gazprom-Germania-Tochter Astora betrieben, die unter die neuen Sanktionen fällt. Der Speicher befindet sich im niedersächsischen Rehden. Auf ihn entfällt rund ein Fünftel der deutschen Kapazität. Zuletzt war in dem Rehdeener Speicher allerdings kaum Gas gelagert.

Uniper sieht noch viele offene Fragen zu den Sanktionen. «Wir prüfen das im Detail», sagte ein Unternehmenssprecher am Donnerstag. Unklar seien insbesondere Einzelheiten zum Verbot der Befüllung der Gasspeicher.

Gasspeicher gleichen Schwankungen beim Gasverbrauch aus und bilden damit eine Art Puffersystem für den Gasmarkt. Für gewöhnlich sind die Speicher mit Beginn der Heizperiode im Herbst gut gefüllt, bis zum Frühjahr nehmen die Füllstände dann ab. An kalten Wintertagen werden bis zu 60 Prozent des Gasverbrauchs in der BRD aus deutschen Speichern abgedeckt. Laut dem neuen Speichergesetz sollen sie am 1. November zu 90 Prozent gefüllt sein. Am vergangenen Montag waren die Speicher zu knapp 39 Prozent gefüllt - mit steigender Tendenz.
<https://www.youtube.com/watch?v=ll68VKdYKN0>

Die Flammen der Flöze - wenn die Kohle ewig brennt

24. Juli 2020 | Hartmut Idzko

Millionen Tonnen Kohle verbrennen weltweit nutzlos in der Erde. Qualm und Gase verschmutzen die Luft mit Schadstoffen und gefährden die Gesundheit. Allein in China gehen nach Angaben deutscher Experten jährlich rund 200 Millionen Tonnen Kohle unkontrolliert in Rauch auf. Das dabei freigesetzte Kohlendioxid ist etwa viermal so hoch wie der Ausstoß des gesamten Straßenverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland.
https://www.youtube.com/watch?v=pxzV-z8_akl

Pressekontakt

Stromverbraucherschutz NAEB e.V.

Herr Hans Kolpak
Mühlenstr. 8a
14167 Berlin

NAEB.tv
Hans.Kolpak@NAEB.info

Firmenkontakt

NAEB Stromverbraucherschutz e.V.

Herr Heinrich Duepmann
Mühlenstr. 8a
14167 Berlin

NAEB.de
Heinrich.Duepmann@NAEB.info

Elektrischer Strom ist nach den Personalkosten von Unternehmen ein ebenfalls großer Kostenbestandteil der deutschen Volkswirtschaft. Das EEG Erneuerbare Energien Gesetz zur Einspeisung erneuerbarer Energien hat die direkten und indirekten Stromkosten wesentlich erhöht. Strom aus Windenergie oder Voltaire ins Stromnetz einzuspeisen, ist physikalisch und wirtschaftlich unsinnig. Die Netzstabilität leidet dramatisch und eine finanzielle Umverteilung auf Kosten von Stromkunden findet zugunsten der Renditen in Windkraft und Voltaire statt. Die NAEB e.V. klärt über die per Gesetz geschaffenen Strukturen auf.

Anlage: Bild

